

XXII. GP.-NR
2031 /J
2004 -07- 09 ANFRAGE

der Abgeordneten Schopf, Keck, Krist
und Genossen

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit von privaten Haushalten und Einzelpersonen

Aus den Statistiken der Dachorganisation der Schuldnerberatung Österreichs geht hervor, dass die Anzahl der privaten Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von Privatpersonen und privaten Haushalten und die Anzahl der Schuldenregulierungsverfahren in der Vergangenheit stetig angestiegen sind.

Rund eine Million Österreicherinnen und Österreicher stecken in der „Schuldenfalle“ bzw. sind zahlungsunfähig. Die Leistungsfähigkeit der Schuldenberatungsstellen ist ausgeschöpft. Überschuldete Personen müssen oft Monate auf einen Beratungstermin warten, was dann eine Verschlimmerung der Schuldsituation zur Folge hat. Durch die hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende Sozialabbaupolitik der Bundesregierung ist auch in den kommenden Monaten ein heftiger Andrang an die Schuldenberatungsstellen zu erwarten.

Als Ergänzung der Anfrage 652/J XXII. GP vom 09.07.2003 und der Anfragebeantwortung 659/AB XXII. GP richten die unterzeichneten Abgeordneten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Personen waren im Jahr 2003 zahlungsunfähig bzw. wie viele Personen wurden als zahlungsunfähig registriert? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation – Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
2. Wie viele Personen haben im Jahr 2003 ein Schuldenregulierungsverfahren beantragt, wie viele davon wurden eröffnet und wie viele davon wurden erfolgreich abgeschlossen oder vorzeitig abgebrochen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten aufschlüsseln.)
3. Wie viele Forderungs- und Fahrnisexekutionen wurden im Jahr 2003 bundesweit registriert? Wie viele Anfragen von den Gerichten, um Bekanntgabe eines Drittschuldners aus einem Arbeitsverhältnis, wurden beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger eingebracht? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Altersgruppen, Berufsgruppen oder Einkommenssituation - Vollzeit oder Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
4. Wie viele Forderungsexekutionen und Exekutionsvormerkungen wurden im Jahr 2003 in den Pensionsversicherungsanstalten registriert? (Bitte genau nach Bundesländern,

- Geschlecht, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Teilzeit, Vollzeit, Arbeitslose und Pensionisten - aufschlüsseln.)
5. Wie viele Forderungsexekutionen und Exekutionsvormerkungen wurden im Jahr 2003 bei Beziehern von Leistungen aus Arbeitslosenversicherung, Notstandshilfe und Sondernotstandshilfe registriert? (Bitte genau nach Bundesländern und Geschlecht aufschlüsseln und nach Art des Bezuges spezifizieren.)
 6. Wie viele Erstkontakte und Beratungen gab es im Jahr 2003 bei Schuldenberatungsstellen und wie vielen Klienten konnten die Schuldenberatungsstellen effektiv helfen bzw. den Auftrag erfolgreich abschließen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
 7. Wie viele Personen mussten im Jahr 2003 wegen erfolgloser Exekutionen ein Vermögensverzeichnis vor Gericht ablegen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Altersgruppen, Art der Beschäftigung oder des Einkommens - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
 8. Bei wie vielen Eigentümern von Liegenschaften wurden wegen Zahlungsunfähigkeit der Eigentümer im Jahr 2003 eine zwangsweise Pfandrechtsbegründung von den Gerichten bewilligt? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
 9. Wie viele Räumungsexekutionen wurden wegen Zahlungsunfähigkeit von Mietern bei Mietobjekten im Jahr 2003 von den Gerichten bewilligt und wie viele davon wurden vollzogen? (Bitte genau nach Bundesländern, Geschlecht, Berufsgruppen, Art der Beschäftigung oder Einkommenssituation - Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslose, Pensionisten - aufschlüsseln.)
 10. Was sind die Hauptursachen für die Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte und Einzelpersonen bzw. welchen Zahlungsverpflichtungen können die Verpflichteten hauptsächlich nicht nachkommen?
 11. Sind von der Bundesregierung bzw. von Ihnen Maßnahmen gegen die ansteigenden Überschuldungen bzw. Zahlungsunfähigkeiten von privaten Haushalten und Einzelpersonen, die auch auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?
 12. Welche konkreten Maßnahmen wurden diesbezüglich von Ihnen in der zweiten Jahreshälfte 2003 und in der ersten Jahreshälfte 2004 gesetzt?
 13. Sind von der Bundesregierung bzw. von Ihnen wegen des zu erwartenden Anstieges der zahlungsunfähigen Personen - verursacht durch die derzeit hohe Arbeitslosigkeit - Maßnahmen zur Unterstützung und Erweiterung der Schuldenberatungsstellen geplant? Wenn ja, welche und wann? Wenn nein, warum nicht?
 14. Welche konkreten Maßnahmen wurden diesbezüglich von Ihnen in der zweiten Jahreshälfte 2003 und in der ersten Jahreshälfte 04, gesetzt?

J. Hub K. Schmidberger I. Krumel